



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 13/2010
Oktober 2010 (2)

Entlastung der Kommunen durch Bildungspaket

Das kürzlich von Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen vorgestellte Bildungspaket für Kinder und Jugendliche wird erhebliche Entlastungen der Kommunen zur Folge haben. In Erfurt könnten etwa bis zu zwei Millionen Euro eingespart werden. Im Haushaltsplan der Stadt Erfurt sind für das laufende Kalenderjahr 780.000 € für kostenfreie Mittagessen von sozial bedürftigen Grundschulkindern vorgesehen. Auch in den Kindertagesstätten wird sozial schwachen Kindern ein kostenfreies Mittagessen mit einer Förderung von ca. 1.000.000 € ermöglicht. Das Bildungspaket beinhaltet einen Zuschuss von ca. zwei Euro pro Mittagessen und wird daher zur Verringerung dieser Ausgaben beitragen.

Ebenso wird auch der Bereich der außerschulischen Bildung entlastet. Kinder und Jugendliche mit Sozialausweis wurden beispielsweise an der Erfurter Musikschule 2009 mit 148.000 € gefördert. Im Falle der städtischen Schülerakademie beliefen sich die Kosten der vergünstigt besuchten Kurse in 2009 auf 40.164 €, wobei für 2010 von einem Anstieg dieser Summe auf 47.657 € ausgegangen wird. Solche Defizite können künftig teilweise von dem im Bildungspaket enthaltenen Jahresbetrag von bis zu 120 € für Vereinstätigkeiten und außerschulische Bildung ausgeglichen werden.

In Deutschland sind Sozialausweise oder -pässe stark verbreitet. Es ist daher von einer erheblichen Entlastung der Mehrheit der deutschen Städte und Kommunen durch das Bildungspaket auszugehen.

Koalition steht zu SED-Opfern

Mit der jetzt beschlossenen Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes werden Unklarheiten bei der SED-Opferentschädigung beseitigt und punktuelle Verbesserungen vorgenommen. So wird etwa durch Änderungen bei der Feststellung der Bedürftigkeit die Benachteiligung von Anspruchsberechtigten mit Kindern für die Opferrente für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR beseitigt. Die Gesetzesänderung basierte auf einer Initiative Thüringens und anderer ostdeutscher Länder zusammen mit Niedersachsen.



Bessere Versorgung für Soldatinnen und Soldaten

Militärische und zivile Auslandsverwendungen in Konfliktgebieten und Krisenregionen wie z.B. in Afghanistan sind mit besonderen Gefahren für das eingesetzte Personal verbunden, die nicht mit den Risiken bei normalen dienstlichen Tätigkeiten im Inlandsdienst gleichgesetzt werden können. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Verbesserung der Regelungen zur Einsatzversorgung, den wir in dieser Woche beschlossen haben, wollen wir erkannte Lücken bei der Versorgung schließen, um den im Einsatz verehrten und gefallenen Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeitern und deren Hinterbliebenen bestmögliche soziale Absicherung zu gewähren.

>>> Veranstaltungshinweis <<<

Gesprächsrunde mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Herrn Christian Schmidt:

„Deutschlands Verantwortung am Hindukusch: Herausforderungen, Strategien und Ziele des deutschen Engagements in Afghanistan“

am Donnerstag, 28. Oktober 2010 um 19.30 Uhr im LoungeHotel, Brennerstr. 42 in Weimar.

Um Anmeldung unter jungeunion@cdu-weimar.de wird gebeten.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 8. Oktober 2010